

Eine Initiative will den "Tanz retten" und stellt sich dabei gegen die Betroffenen im Berliner Ballettschul-Skandal. Jetzt schalten sich die Abgeordneten ein. Von Tina Friedrich und Torsten Mandalka

9 Kommentare



"Spaltung und Polarisierung" haben die Mitglieder der Aufklärungskommissionen an der krisengeschüttelten Staatlichen Ballettschule Berlin erlebt, so steht es in den Zwischenberichten von Expertenkommission und Clearingstelle. Sie gehen den Vorwürfen der Kindeswohlgefährdung an der Staatlichen Ballettschule und Schule für Artistik in Berlin nach. Doch betroffene Kinder, Eltern und Lehrkräfte sehen sich immer wieder mit dem Versuch konfrontiert, ihre Glaubwürdigkeit infrage zu stellen und anzugreifen.

Kompetenz der Aufklärer wird infrage gestellt

Die Initiative, die dies maßgeblich vorantreibt, nennt sich "Save The Dance" (Rette den Tanz) und bezeichnet sich selbst als "unabhängige Initiative von FreundInnen der Staatlichen Ballettschule und Schule für Artistik". Das Ziel nach eigenen Angaben: die Schule "in ihrer jetzigen Form" zu erhalten. Rund 200 Unterstützer verzeichnet sie auf ihrer Website, viele von ihnen haben Stellungnahmen und Unterstützungserklärungen geschrieben. Meinungsäußerungen sollen niemanden diffamieren, heißt es zwar explizit.

Dennoch werden in einigen Texten namentlich erwähnte Menschen aus dem Umfeld der Schule der Denunziation oder des Alkoholismus bezichtigt.

Die beiden kürzlich veröffentlichten Zwischenberichte von Aufklärungskommission und Clearingstelle - die die zuvor von rbb24-Recherche an die Öffentlichkeit gebrachten Vorwürfe nicht nur bestätigen, sondern deren Ausmaß weit umfangreicher feststellen als bisher bekannt - werden auf der Seite jedoch nicht erwähnt. Stattdessen wird die Kompetenz sowohl der Experten-Kommission als auch der Clearingstelle mit dem Einwand infrage gestellt, dass in den beiden Gruppen keine Ballettexperten dabei seien.

Bachelor-Abschluss gesichert

Der Tenor der meisten Texte: Wenn überhaupt etwas im Argen liegt an der Schule, dann handele es sich nur um Einzelfälle. Die Skandalisierung der Vorgänge hingegen sei eine Verschwörung von Medien und Bildungssenatorin, um die Schulleiter zu diskreditieren und die Berliner Ballettschule und Schule für Artistik zu zerstören.

Auftrieb bekamen all jene, die über eine angebliche Zerstörung der Schule fabulierten, durch die Freistellung der beiden Leiter der Ballettschule, Ralf Stabel und Gregor Seyffert. Der Schule fehlten nun die Professoren, die den Bachelor-Abschluss abnehmen können, so die Sorge. Inzwischen wurde bekannt, dass die Akkreditierung für den Bachelor-Studiengang, die bis Ende September 2020 befristet ist, neu beantragt werden wird. Nach Angaben des "Tagesspiegels" soll das geschehen, wenn die arbeitsrechtlichen Verfahren von Stabel und Seyffert abgeschlossen sind. Die amtierende Schulleitung hat unterdessen noch einmal versichert, dass

MEHR ZUM THEMA

Clearingstelle stellt Zwischenbericht vor
Auch Artistikschüler beklagen Drill und Bodyshaming

MEHR ZUM THEMA

"Kindeswohl gefährdet"
Clearingstelle erhebt
schwere Vorwürfe gegen
Ballettschule

der Bachelor-Abschluss auch für den Übergangszeitraum über den eigentlichen Akkreditierungszeitraum hinaus gesichert ist. Derzeit sind also weder die Schule noch der Bachelor-Abschluss gefährdet.

Doch auf der Website von "Save The Dance" findet sich davon kein Wort. Stattdessen werden die angsterfüllten Fragen von Eltern, die Sorge haben, ihr Kind könnte bald keinen Abschluss mehr machen, unkommentiert stehen gelassen. Das schürt Ängste bei Kindern wie Eltern.

Falschinformationen behindern Aufklärung

Die bildungspolitischen Sprecherinnen der Koalitionsfraktionen stellen sich nun offen gegen die Einseitigkeiten und Verkürzungen von "Save The Dance". Für sie ist die Grenze zur Falschinformation überschritten. "Das ist nicht richtig", schreiben Regina Kittler (Linke), Marianne Burkert-Eulitz (Grüne) und Maja Lasic (SPD) deshalb in einer gemeinsamen Presseerklärung. "Es entsteht der Eindruck, dass die Verbreitung falscher Informationen darauf abzielt, die Verantwortung für ein System an der Schule zu verschleiern, das es zuließ, Schüler*innen bis zur Erkrankung unter Druck zu setzen."

Sie fordern, Schülerinnen und Schüler nicht länger zu instrumentalisieren. "Die Darstellung der eigenen Erlebnisse durch Schüler*innen, Lehrkräfte, Trainer*innen, Erzieher*innen oder Eltern darf nicht als Denunziantentum abgetan werden", verlangen die Abgeordneten. Der Einsatz für den Kinder- und Jugendschutz dürfe nicht untergraben werden. "Aufrufe zum Widerstand gegen die Aufklärung der Vorwürfe und zur Teilnahme an diesbezüglichen Kundgebungen halten wir für unangebracht und hinsichtlich der vollkommenen Aufklärung auch für gefährlich." Auf Nachfrage wollte die Bildungsverwaltung die Pressemitteilung nicht kommentieren.

MEHR ZUM THEMA

Clearingstelle zu
Kindeswohlgefährdung
Angst erschwert Aufklärung
an Staatlicher Ballettschule
Berlin

Die Abgeordneten beziehen sich auch auf einen Aufruf, der in den sozialen Netzwerken kursiert. "Wir wollen unsere Schule, Auftritte, Tanzen mit dem Staatsballett, Landesjugendballett, und Bachelor und Abi", heißt es dort. Dafür sollen sich Unterstützer am Montag vor der Staatlichen Ballettschule und Schule für Artistik einfinden.

Initiative kapert Facebook-Seite der Schule

So wie dieser Aufruf verbreiten sich viele Informationen rund um die Ballettschule und Schule für Artistik über Kanäle wie Facebook. Auch für die "unabhängige" Initiative "Save The Dance" ist das eine wichtige Plattform. Der Gründer der Initiative ist kein Mitarbeiter der Staatlichen Ballettschule. Trotzdem hat er jahrelang deren Facebook-Auftritt administriert. Und dann prangte vor einigen Tagen über der Facebook-Präsenz der "Staatlichen Ballettschule Berlin" plötzlich das fette, leuchtend grüne Logo der Gegeninitiative "Save The Dance" - darunter deren jüngste Einträge. Die Wirkung nach außen: "Save The Dance" repräsentiere die Ballettschule. Die kommissarische Schulleitung reagierte: "Sorry! Der Facebook-Account der Staatlichen Ballettschule wurde gehackt", ließ sie auf der Ballettschul-Website notieren. "Auf ihr befinden sich falsche, nicht durch die Schulleitung autorisierte Inhalte!" Kurz darauf war die Facebook-

Seite, die über rund 10.000 Follower verfügte, offline. Eine neue "Save the Dance"-Seite mit etwa 100 Followern ploppte auf, im Impressum erneut der Gründer der Initiative, ein professioneller Medienmanager.

Wie er selbst diese Vorgänge bewertet, geht aus einer E-Mail hervor, die er der kommissarischen Schulleiterin geschrieben haben soll, und die dem rbb vorliegt. Darin führt er aus, er habe die Facebook-Seite im Jahr 2011 für die Schule eingerichtet und sie der Schule seither kostenfrei "für die Veröffentlichung von Inhalten zur Verfügung gestellt". Die Zusammenarbeit mit der Schule sei immer unkompliziert gewesen. Jetzt habe er sich entschieden, "die Seite wieder redaktionell persönlich zu betreuen". Weder er noch die Schulleitung oder die Senatsverwaltung für Bildung äußerten sich bislang zu diesem Vorfall.

Beitrag von Tina Friedrich und Torsten Mandalka, rbb24-Recherche